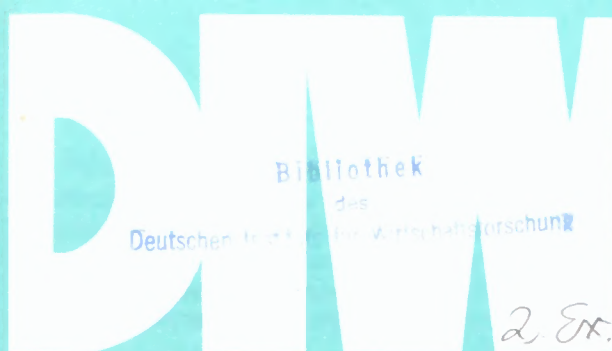




Die Lage der DDR-Wirtschaft zur Jahresmitte 1985.	355
EG-Agrarpolitik: Mühsamer Weg aus der Krise. . .	362

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 32/85

Berlin

8. August 1985

52. Jahrgang

Die Lage der DDR-Wirtschaft zur Jahresmitte 1985

Aus dem Volkswirtschaftsplan und der Mitteilung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik über seine Durchführung im ersten Halbjahr 1985¹⁾ ergibt sich für die wichtigen Kennzahlen folgende Entwicklung (Zunahme gegenüber der gleichen Vorjahreszeit in vH):

	Jahresplan 1985	Ist 1. Halbjahr 1985
Produziertes Nationaleinkommen	4,4	4,1
Industrielle Warenproduktion		
Gesamte Volkswirtschaft	3,8	4,4
Im Bereich der Industrie- ministerien	4,3	4,4
Nettoproduktion (im Bereich der Industrieministerien)	8,0	8,0
Einzelhandelsumsatz	4,0	4
Außenhandelsumsatz	8,0	5*

* Errechnet aus den Angaben über Exportsteigerung (+ 4 vH) und Außenhandelsaldo (+ 2 Mrd. VM).

Da es im ersten Halbjahr 1985 zwei Arbeitstage weniger als zur gleichen Zeit des Vorjahres gegeben hat, dürfte der anteilige Planansatz für das Wachstum der Produktion im ersten Halbjahr zumindest erreicht worden sein. Angesichts des langandauernden und kalten Winters 1984/85 wäre dies eine beachtliche Leistung.

Die Witterungsbedingungen schufen besonders für die Energiewirtschaft und das Transportsystem große Probleme. Anders als im Jahr 1979 konnten stärkere Ausfälle in diesen beiden Bereichen und Konsequenzen für die gesamte Produktion vermieden werden. Vor kurzem wurde berichtet²⁾, daß dazu die „dank der auf Initiative von Honecker vom Politbüro getroffenen Maßnahmen“ beigetragen haben. Zu diesen Maßnahmen gehört vermutlich eine stärkere Einfuhr von Energierohstoffen. So wurden im innerdeutschen Handel im ersten Quartal rund

270 000 t Steinkohlen aus der Bundesrepublik Deutschland bezogen; derartige Bezüge werden immer nur unregelmäßig und zur Deckung unvorhergesehener Energielücken vorgenommen. Erstmals gab es sogar Bezüge von Heizöl. Auch Steinkohlenkoks wurde verstärkt gekauft. In der heimischen Energie- und Transportwirtschaft wurden gleichzeitig 20 000 zusätzliche Kräfte, insbesondere Soldaten, eingesetzt. Kritisch wurde nach diesen Erfahrungen angemerkt, daß die Leistungsfähigkeit der Kohleförderung und des Transports erhöht und die rechtzeitige Bevorratung noch präziser durchgeführt werden müssen.

Nach dem Bericht über die Durchführung des Volkswirtschaftsplans vollzog sich das Wachstum auch weiterhin bei sinkendem spezifischen Verbrauch an Rohstoffen und Material. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum betrug rund 4 vH, die Zunahme des Produktionsverbrauchs (= Einsatz von Rohstoffen und Vorfabrikaten, Abschreibungen) erhöhte sich nur um 2 vH.

Der spezifische Material- und Energieverbrauch in der Gesamtwirtschaft wird schon seit 1981 gesenkt. Dies wird aber nur als Beginn einer weiter notwendigen Entwicklung angesehen. Als grundsätzliche Aufgabe gilt insbesondere, den Energieverbrauch auf den „internationalen fortgeschrittenen Stand“ zurückzuführen. Z.B. sollen Energieumwandlung und Energieverteilung verbessert werden. Nach Feststellungen der Wirtschaftsführung sind die Reserven noch groß, wird immer noch zuviel Material und Energie verbraucht. Honecker nannte Vergleichszahlen zu „internationalen Bestwerten“³⁾. Bei ei-

¹⁾ Neues Deutschland vom 13./14. Juli 1985, S. 3 ff.

²⁾ Aus dem Bericht des Politbüros an die 10. Tagung des Zentralkomitees der SED. Berichterstatter: Joachim Herrmann. In: Neues Deutschland vom 21. Juni 1985, S. 6 ff.

³⁾ Erich Honecker: Zur Vorbereitung des XI. Parteitags der SED. 10. Tagung des Zentralkomitees der SED, a.a.O., S. 3 ff.

nigen DDR-Produkten gibt es danach technisch die Möglichkeit, das Gewicht um 20 bis 40 vH zu reduzieren. Ähnliche Größenordnungen bestehen für die Senkung des spezifischen Energieverbrauchs der elektrischen Maschinen und Geräte. Neben den technischen Reserven für die Einsparung werden organisatorische Reserven genannt: Höhere Kontinuität bei Produktion und Absatz, Senkung der Kosten für Ausschuß und Nacharbeit.

Zu einem Schlüsselbegriff für Effizienzverbesserung und Wachstum überhaupt sind Forschung und Entwicklung und ihre industrielle Umsetzung geworden. Ergebnisse und neue Anforderungen in diesem Bereich nehmen einen immer größeren Platz in der Berichterstattung und Diskussion ein. Auf einem Seminar von Partei- und Wirtschaftsführung im März 1985 wurde betont⁴, daß in allen Kombinatens die wissenschaftlich-technischen Leistungen „weitaus ergiebiger“ werden müßten. Orientierung am internationalen Standard und Erzielung höherer ökonomischer Ergebnisse wurden gefordert. Jüngst wurden neue Akzente für die Zusammenarbeit der Kombinate mit der Akademie der Wissenschaft und den Hochschulen gesetzt. Nach wie vor gilt der Grundsatz, daß die praxisbezogene Forschung und Entwicklung in den Kombinatens und die langfristige Grundlagenforschung in der Akademie der Wissenschaften und den Hochschulen durchgeführt werden sollen. Die Kooperation untereinander soll intensiviert werden. Dazu gehören Wirtschaftsverträge zwischen den Institutionen, Bereitstellung von Investitionen und Austausch von Fachleuten. In Zukunft sollen die Akademie und die Hochschulen über Wirtschaftsvereinbarungen mit den Kombinatens einen größeren Teil der Grundlagenforschung finanzieren.

Entwicklung in der Industrie ...

Für die zentralgeleitete Industrie (im Bereich der Industrieministerien) wird im Planerfüllungsbericht über folgende wichtige Kennziffern berichtet: Industrielle Warenproduktion (+ 4,4 vH), Nettoproduktion (+ 8,0 vH), Produktion von Fertigerzeugnissen für die Bevölkerung (+ 4,8 vH). Seit 1984 sind die Hauptkennziffern der Leistungsbewertung für die Industriekombinate Nettoproduktion, Nettogewinn, Erzeugnisse und Leistungen für die Bevölkerung, Export. Die industrielle Warenproduktion gilt darüber hinaus als gesamtwirtschaftliche Kennziffer.

Über die Kennziffern Nettogewinn und Export werden im Planerfüllungsbericht keine Angaben gemacht. Zusätzlich gibt es Erfolgsmeldungen über die Senkung der Selbstkosten (– 2 vH) und den Planvorsprung (1,3 Tagesleistungen bei der industriellen Warenproduktion). Der zweifellos nicht allzu aussagekräftige „Erneuerungsgrad der Produktion“ betrug 24 vH.

Der Zusammenhang von industrieller Warenproduktion (Bruttoproduktion) und Nettoproduktion sowie die Proble-

Industrielle Warenproduktion¹

Zuwachs gegenüber der Vorjahreszeit in vH

	Jahr		Jan. – April		
	1983	1984	1983	1984	1985
Energie- und Brennstoffindustrie	3,9	4,6	3,1	6,3	3,4
Chemische Industrie	2,9	4,0	4,0	2,7	2,9
Metallurgie	3,0	3,0	3,6	2,7	2,9
Baumaterialienindustrie	0,4	2,1	0	3,1	– 0,8
Wasserwirtschaft	– 0,4	– 0,4	2,2	3,6	– 2,8
Maschinen- und Fahrzeugbau	3,8	4,0	3,0	4,5	4,5
Elektrotechnik, Elektronik, Gerätebau	8,7	9,4	7,0	9,0	11,2
Leichtindustrie	2,5	3,4	1,9	4,2	3,6
Textilindustrie	3,3	2,9	2,3	3,7	1,8
Lebensmittelindustrie	3,6	3,5	2,2	6,2	3,1
Gesamte Industrie	3,9	4,3	3,2	5,1	3,0

¹ Von den offiziellen — arbeitstäglich bereinigten — auf Ursprungsdaten zurückgerechnet.

Quelle: Statistical indicators of short term economic changes in ECE countries. Economic Commission for Europe, Genf.

matik der Kennziffer Nettoproduktion sind an dieser Stelle schon dargestellt worden⁵. Die Differenz zwischen den Zuwachsraten von Brutto- und Nettoproduktion geht auf den hohen Anteil des „Produktionsverbrauchs“ (Materialverbrauch, Abschreibungen) zurück. Er ist gegenwärtig auf 63 vH zu veranschlagen, so daß sich rechnerisch folgende Konstellation ergibt:

	Anteil	Zunahme
Industrielle Warenproduktion	100	104,4
Nettoproduktion	37	108,0
Produktionsverbrauch	63	102,3

Der Produktionsverbrauch ist also nur um 2 vH gestiegen (= Rückgang des spezifischen Verbrauchs um 2 vH). Bei der Beurteilung der hohen Zuwachsrate der Nettoproduktion muß berücksichtigt werden, daß sie nicht nur eine reale Zunahme, sondern auch Preissteigerungen widerspiegelt.

Mit + 4 vH hat sich in der Industrie der DDR das schon seit längerem erreichte Wachstum fortgesetzt. Beachtlich ist die Rate insbesondere deshalb, weil das erste Halb-

⁴ Aus dem Referat von Günter Mittag, in: Mit höchsten Leistungen den XI. Parteitag vorbereiten. Seminar des Zentralkomitees der SED mit den Generaldirektoren der Kombinate und den Parteiorganisatoren des ZK am 7. März 1985 in Leipzig. Berlin (Ost) 1985, S. 19 ff.

⁵ Verbesserte Versorgung — aber Investitionsrückgang. Die Lage der DDR-Wirtschaft zur Jahreswende 1984/85. Bearb.: Doris Cornelsen. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 5/1985, S. 53 ff.

jahr 1985 zwei Arbeitstage weniger hatte als die gleiche Vorjahrsperiode. Allerdings hatten sich die Kombinate im März verpflichtet, eine Nettoproduktion über den Plan hinaus im Umfang von drei Tagesleistungen zu erbringen. Dies ist laut Planerfüllungsbericht schon zu mehr als 80 vH im ersten Halbjahr erreicht worden.

Die Entwicklung von Brutto- und Nettoproduktion einiger Industriebereiche wird im Planerfüllungsbericht nachgewiesen. Außerdem läßt sich wieder die monatliche Berichterstattung der Europäischen Wirtschaftskommission der UN (ECE) heranziehen⁶, die gegenwärtig bis April vorliegt. Im Planerfüllungsbericht wird überdies noch für wenige ausgewählte Produkte die Produktionssteigerung angegeben. Die Zahl dieser Produkte ist allerdings wiederum reduziert worden, es sind jetzt nur noch 30 gegenüber 36 im Vorjahr. Im einzelnen ist bemerkenswert, daß bei diesen einzelnen Produkten die Entwicklung im ersten Halbjahr fast durchweg schwächer verlaufen ist als im Vorjahr. Lediglich Produkte aus dem Bereich der Mikroelektronik (Schaltkreise, Geräte für die Überwachung, Regelung und Steuerung, Mikrorechner) warten mit besonders hohen Zuwachsraten auf.

Andere Kennzeichen der industriellen Entwicklung sind:

- Nach wie vor ist der Kohle- und Energiebereich ein Schwerpunkt. Die Förderung von Rohbraunkohle, die Kohleveredlung und die Erzeugung von Stadtgas waren höher als im Plan veranschlagt.
- Die Umstellung auf heimische Energiequellen beeinflusst den gesamten Produktionsprozeß. Die Fortsetzung des Elektrifizierungsprogramms der Bahn brachte hohe Wachstumsraten in der Elektrotechnik (Fahrleitungen, Signal- und Sicherungstechnik). Im Maschinenbau stieg die Produktion von Anlagen zur Energieträgerumstellung, z.B. Tagebau- und Entstaubungsanlagen.
- Der Bereich Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau ist mit + 11 vH wieder der Spitzenreiter der Entwicklung. Die jahrelange Förderung der Mikroelektronik wird unvermindert fortgesetzt. Wie verlautet, sollen auf diesem Sektor noch weitere Betriebe gegründet werden. Ein hoher Produktionsanstieg war auch bei Farbfernsehröhren zu verzeichnen. 1984 nahm eine neue Produktionsstätte im Werk für Fernseh elektronik Berlin ihre Produktion auf. Das von einer japanischen Firma gebaute Werk hat eine Jahreskapazität von 600 000 Stück. Bis Ende Mai 1985 sind rund 350 000 Farbbildröhren hergestellt worden.
- Für den Maschinenbau wird ein Wachstum der Bruttoproduktion von 6 vH angegeben. Insbesondere wird von hohen Produktionssteigerungen beim Schiffbau berichtet, der vornehmlich für den Export in die Sowjetunion arbeitet. Auch in den übrigen Sparten des Maschinenbaus gab es beachtliche, über den Planansatz hinausgehende Zuwachsraten.

- In der chemischen Industrie erreichte die Zunahme dagegen nun schon im dritten Jahr nur noch rund 3 vH (Fünfjahrplanziel: 6 vH). Hier gibt es große Probleme bei der Anpassung an heimische Rohstoffe. Die Investitionen zur Umstrukturierung der Kapazitäten auf einen höheren Veredelungsgrad der eingesetzten Rohstoffe wirken sich bisher offenbar noch nicht aus.
- Die Leichtindustrie wird in jüngster Zeit ständig in ihrer Bedeutung für die Versorgung der Bevölkerung hervorgehoben. Knappheit an Investitionsmitteln und an Rohstoffen (z.B. Baumwolle) schlagen aber hier deutlich zu Buche und machen nur relativ niedrige Wachstumsraten (3 vH) möglich.

Der Planerfüllungsbericht widmet der „Produktion von Fertigerzeugnissen für die Bevölkerung“ großen Raum. Besonders hervorgehoben wird die Leistung der Betriebe, deren Fertigungsprogramm vornehmlich Produktionsmittel umfaßt. Die Produktion von Konsumgütern auch in diesen Betrieben wird schon seit den siebziger Jahren propagiert. Auf der 7. Tagung des ZK der SED im November 1983 wurde diese Kampagne mit großem Nachdruck wieder aufgenommen. Damals wurde als generelle Leitlinie fixiert, daß bis 1985 in den Produktionsmittel herstellenden Kombinate 5 vH der Produktion auf Konsumgüter entfallen sollen. Die Kombinate haben inzwischen nicht nur einzelne Abteilungen auf die Konsumgüterproduktion spezialisiert, sondern ganze Betriebe dafür umprofiliert. Ein wichtiger Effekt der Zusatzproduktion von Konsumgütern besteht in der besseren Ausnutzung von Material (Verwendung von Restmaterial), Maschinen (Nutzung einer verwandten Fertigungstechnologie) und Know-how. Außerdem können die durch Rationalisierung freiwerdenden Arbeitskräfte im Kombinat weiterbeschäftigt werden. Im Prinzip wird damit das unzureichende Angebot an Konsumgütern ergänzt. Die pauschale Forderung nach einem Anteil von 5 vH führt aber vermutlich nicht immer zu sinnvollen Erzeugnissen. Die positiven Beispiele im Planerfüllungsbericht sind sicherlich die Ausnahmen.

... Bauwirtschaft ...

In der Bauwirtschaft lagen die Bruttoproduktion (+ 4,4 vH) und die Nettoproduktion (+ 9,3 vH) über den Planansätzen für 1985 (3,4 vH bzw. 6,4 vH). Der spezifische Verbrauch von Walzstahl (– 7 vH) und von Zement (– 6 vH) ist planmäßig gesenkt worden. Die Struktur der Bauproduktion hat sich weiter in Richtung auf Modernisierung und Rekonstruktion verändert. Im Wohnungsneubau sind 55 647 Wohnungen fertiggestellt worden, 47 087 Wohnungen wurden modernisiert. Ein Schwerpunkt der Bautätigkeit ist Berlin (Ost), wo der Neubau und

⁶ Vgl. Statistical indicators of short term economic changes in ECE countries. Genf.

die Modernisierung von Wohnungen sowie die Rekonstruktion von kulturhistorischen Bauten, kommunalen Einrichtungen und Verkehrseinrichtungen besonders auffällig ist.

Die Ziele für die Weiterentwicklung des Bauwesens wurden kürzlich festgelegt⁷. Für den Fünfjahrplanzeitraum 1986 bis 1990 wurde ein Wachstum der Bauproduktion von durchschnittlich jährlich 3,5 vH vorgegeben. Die Zunahme der Nettoproduktion wurde höher veranschlagt (5,4 bis 5,7 vH), d.h., es werden erhebliche Einsparungen an Vorleistungen angestrebt:

- Der spezifische Materialeinsatz bei Walzstahl soll um jährlich 6,9 vH, bei Schnittholz um 4 vH, bei Zement um 5 vH gesenkt und dadurch der Produktionsverbrauch bis 1990 um 7,5 vH gemindert werden.
- Der Bauanteil an den Investitionen soll weiter reduziert werden: bei der Industrie von derzeit 25 vH auf 20 bis 22 vH im Jahre 1990.
- Die Bauzeiten sollen bei Neubauten um 15 vH, bei Instandsetzungs- und Modernisierungsleistungen um 20 vH sowie beim Tiefbau und Verkehrsbau um 25 vH gedrosselt werden.
- Durch Wärmedämmung sowie elektronisch gesteuerte Heizungssysteme soll 1986 bis 1990 das Äquivalent von 4 Mill. t Rohbraunkohle eingespart werden.

Auch hier soll die Technik zur Kostensenkung beitragen (z.B. Automatisierung im monolithischen Betonbau, Verlagerung von Baustellenprozessen in die Vorfertigung kompletter Bauelemente, Modernisierung des Maschinenparks, verstärkter Einsatz der Steuer- und Regelungstechnik). Für den Eigenbau von Rationalisierungsmitteln des Bauwesens ist bis 1990 eine durchschnittliche jährliche Zunahme von 8 vH geplant.

Beim Wohnungsbau sind zur Erfüllung der Ziele des langfristigen Wohnungsbauprogramms im kommenden Jahrfünft noch über 1 Mill. Wohnungen fertigzustellen, davon 600 000 im Neubau. Die Hälfte davon soll in innerstädtischen Standorten bei Bevorzugung von Berlin (allein 1986 sollen hier 24 000 Neubauwohnungen entstehen) gebaut werden. Die Instandsetzungs- und Modernisierungsleistungen sollen im kommenden Jahrfünft um jährlich 7 vH erhöht werden.

... und Landwirtschaft

Der wirtschaftliche Erfolg der Landwirtschaft ist im ersten Halbjahr lediglich an den „tierischen Leistungen“ zu beurteilen. Nach dem Planerfüllungsbericht wurde hier das staatliche Aufkommen — mit einem Zuwachs von 5 vH — in allen Positionen übererfüllt. Die Tierbestände sind etwa konstant geblieben. Besonders herausgestellt wird, daß es in der Futterökonomie Verbesserungen gegeben habe.

Um die nach der Trennung von Pflanzen- und Tierproduktion entstandenen Koordinationsschwierigkeiten zwischen den beiden Produktionsebenen zu beheben, wird seit einiger Zeit der Kooperation zwischen den spezialisierten Betrieben große Aufmerksamkeit zuteil. „Kooperationsräte“ werden als das geeignete Instrument für eine wirksame Zusammenarbeit gesehen. Als richtungsweisend wurde am 13. Juni 1985 vom Ministerrat die „Musterkooperationsvereinbarung für die Kooperation der LPG und VEG“ verabschiedet⁸.

Die Zusammenarbeit soll auf der Grundlage des LPG-Gesetzes vom 2. Juli 1982 gestaltet werden. Der Kooperationsrat erhält zwar wirtschaftsleitende Funktionen, die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und die volkseigenen Güter (VEG) sind jedoch weiterhin die „Grundeinheiten der landwirtschaftlichen Produktion“. Ihre juristische Selbständigkeit und ökonomische Eigenverantwortung soll gewahrt bleiben. Sie behalten einen eigenen Betriebsplan, einen eigenen Wert der Arbeitseinheit, können Wirtschaftsverträge abschließen und erwirtschaften ein eigenes ökonomisches Ergebnis. Die Partner übertragen dem Kooperationsrat auf der Grundlage des §12 des LPG-Gesetzes bestimmte Rechte und Pflichten zur Durchführung gemeinsamer Maßnahmen. Die Mitglieder des Kooperationsrates werden von den Vollversammlungen ihrer LPG für die Dauer von drei Jahren gewählt, die aus den VEG kommenden Mitglieder werden vom Direktor ernannt. Beschlüsse können nur einstimmig gefaßt werden. Die einzelnen Betriebspläne werden vor dem Kooperationsrat verteidigt. Der Rat beschließt nach den in den Betrieben gefällten Entscheidungen über die Bildung und Verwendung gemeinsamer Fonds. Solche Fonds können gebildet werden für Investitionen, für die Bildung von Reserven und zur Leistungsstimulierung. Der Kooperationsrat erarbeitet u.a. Liefer- und Leistungsbedingungen für Futter und organischen Dünger, ihm obliegt die Beschlußfassung über Vereinbarungspreise für Futtermittel und Dünger.

Verwendung des Nationaleinkommens

Im ersten Halbjahr 1985 hat sich die Versorgung der Bevölkerung stabilisiert. Die Nettogeldeinnahmen stiegen um knapp 3 vH. Ein Teil dieser Zunahme beruhte auf der Erhöhung der Mindestrenten in der gesetzlichen Sozialversicherung um rund 10 vH, die im Dezember 1984 wirksam geworden ist. Die Rentenausgaben stiegen im ersten Halbjahr 1985 um 400 Mill. Mark. Die Steigerung bei den Erwerbseinkommen war demzufolge etwas

⁷ Vgl. Wolfgang Junker (Minister für Bauwesen): Für alle Bauleute ist Ehrensache: Das Beste zum XI. Parteitag der SED. Referat auf der 8. Bauernkonferenz. In: Neues Deutschland vom 14. Juni 1985, S. 3 ff.

⁸ Neue Deutsche Bauernzeitung. Nr. 25 vom 21. Juni 1985, S. 12 ff.

Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung in der DDR

Zuwachs gegenüber der Vorjahrszeit in vH

	1983		1984		1985	
	1. Halbj.	Jahr	1. Halbj.	Jahr ¹	1. Halbj.	Jahr
	Ist					Plan
Produziertes Nationaleinkommen	4	4,4	5,1	5,5	4,1	4,4
Industrie						
Warenproduktion						
im Bereich der Industrieministerien:						
Warenproduktion	4,4	3,9	3,8	4,3	4,4	3,8
Nettoproduktion	4,5	4,6	4,3	4,5	4,4	4,3
Arbeitsproduktivität	6,2	7,1	8,0	8,5	8,0	8,0
(Basis Nettopr.)	5,3	5,8	7,2	7,7	7,3	7,1
Bauwirtschaft						
Bauproduktion der Volkswirtschaft	3,1	3,1	3,2	2,5	4,4	3,4
Nettoproduktion im Bereich des Ministeriums für Bauwesen	7,8	10,2	8,8	7,7	9,3	6,4
Fertiggestellte Wohnungen	96,0	197,2	101,4	207,0	102,7	203,1
davon: Neubau	59,8	122,6	59,0	121,7	55,6	117,6
Modernisierung	36,2	74,6	42,4	85,4	47,1	85,6
	in 1000 Wohnungen					
Landwirtschaft						
Viehbestand ⁵	2,0	3,0	2,5	1,6	0	.
Tierische Marktproduktion ⁶	2,0	2,7	6,9	6,5	5	0,6
Binnenverkehr⁸						
Gütertransportmenge	-2,3	-2,2	-1,6	-1,0	-1,2	.
dar.: Eisenbahn	3	1,0	2	3,7	3,6	.
Binnenschifffahrt	16	3,8	5	5,7	-5	.
Straßenverkehr	-10	-3,9	-4	-4,1	-3,8	.
Gütertransportleistung	-1	-0,3	-1,8	0,6	4	.
dar.: Eisenbahn	1	1,6	1,9	3,2	6,8	2,9
Binnenschifffahrt	2	5,9	2,6	10	-3	8,7
Straßenverkehr	-10	-5,3	-10	-9	-6	.
Einzelhandel, Umsatz gesamt⁹	0,1	0,7	4,5	4,1	4	4,0
davon: Nahrungs- und Genußmittel	6,0	1,6	3,7	3,2	3	.
Industriewaren	-6,0	-0,1	5,2	5,0	5	.
Außenhandel, Umsatz gesamt^{9, 10}	14,8	10,6	10,0	8,4	5,2	8,0
davon: Einfuhr	14,6	9,0	8,8	9,6	6,4	.
Ausfuhr	14,9	12,0	11,2	7,3	4	.
Saldo (in Mrd. Valuta-Mark)	+1,7	+8,0	+2,9	+6,9	+2,0	.
Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung	2	2,2	3,2	3,9	3	4,0
Investitionen, insgesamt¹¹	0,1	-0,0	-3,5	-4,9	1	0

¹ Vorläufige Angaben, z.T. geschätzt. — ² Errechnet aus monatlichen Indexangaben; tatsächliches Ist, d.h. unter Rückrechnung der offiziellen — arbeitstäglich bereinigten — Angaben. — ³ Aus Indexangaben errechnet. — ⁴ Im Bereich des Ministeriums für Bauwesen. — ⁵ Auf der Basis des Großvieheinheiten-Schlüssels der DDR; Stichtangaben per 31.5. bzw. Jahresende. — ⁶ Summe des staatlichen Aufkommens an Schlachtvieh, Milch, Eiern und Wolle; bewertet nach dem Getreideeinheiten-Schlüssel der DDR. — ⁷ Mengenmäßige Planung. — ⁸ Ohne See- und Luftverkehr; Halbjahresangaben, z.T. geschätzt. — ⁹ Jeweilige Preise. — ¹⁰ Einschließlich innerdeutscher Handel. — ¹¹ Ohne Generalreparaturen; zu Preisen des Jahres 1980. — ¹² Der geplante Investitionsumfang von 56 Mrd. M erreicht — zu konstanten Preisen umgerechnet — vermutlich knapp die Höhe des Volumens von 1984 (50,5 Mrd. M).

Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR 1984; Statistical indicators of short term economic changes in ECE countries, Genf; Volkswirtschaftspläne (zuletzt: GBl. der DDR, Teil I/1984, Nr. 32); Planerfüllungsberichte (zuletzt: Neues Deutschland vom 19./20. Januar 1985, S. 3 ff.); Durchführung der Volkswirtschaftspläne im ersten Halbjahr (zuletzt: Neues Deutschland vom 13./14. Juni 1985, S. 3 ff.); Berechnungen und Schätzungen des DIW.

niedriger, sie ist auf gut 2 vH zu veranschlagen. Der Einzelhandelsumsatz erhöhte sich um knapp 4 vH, im einzelnen gab es bei Nahrungs- und Genußmitteln eine Steigerung von 3 vH und bei Industriewaren von 5 vH. Selbst wenn im Bereich der Industriewaren Preissteigerungen nicht ausgeschlossen werden, hat sich die Lage für den Verbraucher in der DDR verbessert.

Im Bereich der Investitionen wird dagegen die restriktive Politik fortgesetzt. Zu laufenden Preisen werden die Investitionen der gesamten Volkswirtschaft mit 25 Mrd. Mark angegeben, das ist etwas mehr als im ersten Halbjahr 1984 (24 Mrd. Mark). Zu Preisen von 1980 gerechnet, bedeutet dies jedoch bestenfalls Stagnation. Insgesamt ist damit seit 1981 die Investitionstätigkeit in der DDR ständig zurückgegangen. Von dieser Entwicklung war die Industrie allerdings weniger betroffen.

Bisher zeichnet sich keine grundlegende Wende in der Investitionspolitik ab. Vielmehr wurde kürzlich darauf hingewiesen, daß die Auswahl der Investitionsprojekte „künftig noch strenger sein“ wird. Am 1. September 1985 treten neue Bestimmungen zur Vorbereitung der Investitionen in Kraft⁹. Damit wird die schon bisher stark reglementierte Investitionsplanung noch stärker perfektioniert. Ähnlich wie in der alten Regelung sind wichtige Voraussetzungen für die Inangriffnahme von Investitionen, daß höhere Effizienz und Einsparung von Arbeitskräften erreicht und neueste Technologie angewendet werden. Die Befugnisse der staatlichen Kontrollorgane wurden detaillierter geregelt und erweitert (Zentrale Staatliche Inspektion für Investitionen der Staatlichen Plankommission, Gutachterstellen der Räte der Bezirke). Jedes Investitionsprojekt muß nach den oben genannten Kriterien ausführlich begründet werden. Die staatlichen Gutachter haben zu prüfen, ob die Investition überhaupt notwendig ist und ob das Ziel nicht auch durch Modernisierung und Rationalisierung bestehender Kapazitäten erreicht werden kann.

Inzwischen liegt auch die angekündigte Gesetzesänderung für die Produktionsfondsabgabe (Steuer auf Anlage- und Umlaufvermögen) vor¹⁰. Von 1986 an wird diese Abgabe nicht mehr auf den Bruttowert, sondern auf den Nettowert des Anlagevermögens (Anschaffungswert ./. Abschreibungen) erhoben. Damit werden die älteren Anlagen niedriger als früher belastet und der verlängerte Einsatz und die Modernisierung bestehender Kapazitäten stimuliert. Der Steuersatz belief sich bisher beim Anlage- und Umlaufvermögen auf 6 vH, in Zukunft wird er für das Anlagevermögen jeweils mit dem Volkswirtschaftsplan festgelegt.

Die Knappheit an Investitionsmitteln soll durch bessere Ausnutzung des Vorhandenen gemildert werden. Dazu gehört insbesondere eine höhere Schichtauslastung. Jede Investition und jede Modernisierung soll außerdem mit einer höheren Schichtauslastung einhergehen. Die zeitliche Auslastung der Produktionsanlagen belief sich im ersten Halbjahr 1984 auf durchschnittlich 16,5

Stunden je Kalendertag (1984: 16,2 Stunden). Nach den Vorstellungen im Volkswirtschaftsplan für 1985 soll sie auf 17,5 Stunden steigen.

Aspekte des Außenhandels

Der Planerfüllungsbericht nennt zum Thema Außenhandel eine Exportsteigerung von 4 vH und einen aktiven Saldo in der Handelsbilanz von 2 Mrd. Valuta-Mark. Auf der Basis der Statistik der ECE für das erste Halbjahr 1984 ergibt sich daraus eine Steigerung der Importe von 6 vH. Der Volkswirtschaftsplan hatte für das ganze Jahr eine Steigerung beim Außenhandelsumsatz (Export + Import) von 8 vH vorgesehen.

Details über die Außenhandelsentwicklung sind im Planerfüllungsbericht wiederum spärlich. Genannt wird nur noch die Zunahme des Exports in das sozialistische Wirtschaftsgebiet (+ 4 vH), in die Sowjetunion (+ 4,5 vH) und die Tatsache, daß gegenüber dem sozialistischen und dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet ein Exportüberschuß erreicht worden ist.

Die Statistik der Partnerländer, die allerdings überwiegend erst für das erste Quartal vorliegt, zeigt ein sehr unterschiedliches Bild. Für die Sowjetunion wird die nur schwache Außenhandelsentwicklung bestätigt. Ungeöhnlich hohe Zuwachsraten gab es im Handel mit der Volksrepublik Polen, möglicherweise veranlaßt durch Käufe von Steinkohle im ersten Quartal.

Im Westhandel gab es wieder eine deutliche Zerteilung zwischen dem innerdeutschen Handel und dem Handel mit den übrigen OECD-Ländern. Bei den übrigen OECD-Ländern zeigen die bisher vorliegenden Daten eine nach wie vor sehr vorsichtige Handelspolitik der DDR. Schon im Jahr 1984 war hier bei Einfuhr und Ausfuhr nur ein mäßiges Wachstum erkennbar. In den ersten Monaten 1985 gibt es im Vorjahresvergleich fast nur negative Werte. Der größere Teil des laut Partnerlandangaben (OECD-Statistik, Dollarbasis) sehr rückläufigen Außenhandels dürfte der Entwicklung des Dollarwerts im ersten Quartal 1985 zuzuschreiben sein. Bereinigt man überschlägig um diese Effekte, so ergibt sich im Vorjahresvergleich immer noch ein starker Rückgang bei den Importen der DDR (um rund 25 vH) und eine Stagnation bei den Exporten. Auch Länder, für die im Planerfüllungsbericht ausdrücklich „intensivierte Handelsbeziehungen“

⁹) Vgl. Verordnung über die Vorbereitung von Investitionen. In: GBl. der DDR. Teil I/1985, S. 197 ff. — Zweite Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Vorbereitung von Investitionen — Staatliche Begutachtung von Investitionen —. In: GBl. der DDR. Teil I/1985, S. 205 ff. Als Erste Durchführungsbestimmung gilt das 1978 erlassene Gesetz zur Vorbereitung der Wohnungsbauinvestitionen (GBl. der DDR. Teil I/1985, S. 260 ff.).

¹⁰) Verordnung über die Produktionsfondsabgabe. In: GBl. der DDR. Teil I/1985, S. 157 f.

Kreditaufnahme in der DDR

Zeit	Umfang	Kreditgeber/ Konsortialführer	Kreditnehmer	Laufzeit	Zinssatz
März	500 Mill. US-\$	Amerikanisch-japanisches Bankenkonsortium / City Bank	Deutsche Außen- handelsbank AG	7 Jahre	7/8 % über LIBOR (1/2 % über Prime-rate)
Juni	600 Mill. US-\$	79 internationale Banken / Arab Banking Corporation, First National Bank of Chicago, Industrial Bank of Japan	Deutsche Außen- handelsbank AG	8 Jahre	3/4 % über LIBOR (3/8 % über Prime-rate)
Insgesamt	1100 Mill. US-\$				

Quelle: Pressemeldungen

herausgestellt werden (Frankreich, Großbritannien, Österreich, Schweden), hatten — so bereinigt — im ersten Quartal einen erheblichen Rückgang beim Außenhandelsumsatz mit der DDR zu verzeichnen.

Im Prinzip ist eine restriktive Westhandelspolitik nicht geboten. Investitionsgüter und Vorleistungen aus westlichen Ländern könnten für die Wirtschaftsentwicklung der DDR nur von Vorteil sein; Finanzierungsschwierigkeiten sind auch nicht mehr erkennbar. Die DDR hat inzwischen große eigene Reserven bei westlichen Banken und gilt auf dem Euromarkt als guter Schuldner. Zwei große Kredite im ersten Halbjahr 1985 hatten durchaus günstige Konditionen (Zins und Laufzeit). Die Kürze der Berichtszeit und die statistischen Probleme bei der Außenhandelsberichterstattung überhaupt machen eine abschließende Beurteilung dieser Tendenzen aber nicht möglich.

Beim innerdeutschen Handel hat sich die Lage gegenüber 1984 verändert. 1984 war — bei rückläufigen Lieferungen und steigenden Bezügen der Bundesrepublik — für die DDR ein hoher Überschuß im Warenhandel entstanden. Im ersten Halbjahr 1985 sind die Lieferungen um rund 20 vH gestiegen; die Bezüge haben stagniert. Dadurch ergab sich ein fast ausgeglichener Warensaldo.

Am 5. Juli 1985 ist die neue Regelung über den Swing im innerdeutschen Handel unterzeichnet worden. Danach erhöht sich der zinslose Überziehungskredit, der 1985 noch 600 Mill. DM beträgt, am 1. Januar 1986 auf

850 Mill. DM. Das Abkommen hat eine Laufzeit von fünf Jahren.

Ausblick

Die gesamte Wirtschaftstätigkeit der DDR — Produktion, Verwendung und Außenhandel — scheint sich gegenwärtig in einer „Wartephase“ vor der Formulierung der Ziele des neuen Fünfjahrplans 1986 bis 1990 zu befinden. Die „Orientierungsziffern“ für diesen Plan sind inzwischen den Ministern, Generaldirektoren der Kombinate und Vorsitzenden der Räte der Bezirke übergeben worden. Bis August sollen dort die Entwürfe für den Fünfjahrplan ausgearbeitet werden. An den grundlegenden Vorstellungen — Wachstum durch Intensivierung — wird sich vermutlich nichts ändern. Es wird jedoch interessant sein, welche Grundlinien insbesondere für die Investitionspolitik entwickelt worden sind. Der zu Ende gehende Fünfjahrplanzeitraum war durch eine Konzentration auf das Vorhandene gekennzeichnet: Nutzung heimischer Ressourcen, Modernisierung bestehender Anlagen. Damit ging eine größere Belastung der Umwelt und eine Verschlechterung der Wirkungsgrade einher. Technischer Fortschritt läßt sich nur begrenzt durch die Rekonstruktion alter Anlagen umsetzen. Eine langfristige Wachstumsstrategie auch unter Berücksichtigung von Umweltgesichtspunkten erfordert die Hinwendung zu einer wieder expansiven Investitionspolitik.

EG-Agrarpolitik: Mühsamer Weg aus der Krise

Es ist offensichtlich nach wie vor außerordentlich schwierig, die Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft so umzuorientieren, daß sie aus ihrer dauerhaften Krise herauskommt. Das zentrale Problem besteht weiterhin in der Überschußsituation. Sie hat sich laufend verschärft. Das drückt sich einerseits in den Versorgungsbilanzen aus: Erstmals ist im Jahre 1983 — jüngsten Berechnungen aus dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaft zufolge¹ — eine Selbstversorgung der Gemeinschaft sogar unter Berücksichtigung der umfangreichen Importe an Futtermitteln eingetreten. Andererseits ist die Überschußsituation auch an ihren hohen Kosten abzulesen. Exportsubventionen, Lagerkosten und Programme, die der Ankurbelung des Konsums innerhalb der Gemeinschaft dienen sollen, binden seit Jahren den größten Teil der EG-Einnahmen.

Die schweren Haushaltsprobleme der EG in den Jahren 1983 und 1984 waren in ihrem Kern auf diese Aufwendungen für eine fehlgeleitete Agrarpolitik zurückzuführen. In den Budgets für 1984 und für das gegenwärtige Haushaltsjahr beanspruchen die Ausgaben für die Agrarmarktordnungen und die Agrarstruktur mit 68 vH bzw. 70 vH mehr als zwei Drittel der Ausgabenansätze.

Auch im Haushaltsplan für 1986 sind mit rund 21 Mrd. ECU die Agrarausgaben mit Abstand der größte Etatposten, wenngleich ihr Anteil mit rund 60 vH deutlich niedriger veranschlagt worden ist als in den Vorjahren. Strukturverbesserungen in der EG-Landwirtschaft werden mit nur 0,9 Mrd. ECU gemeinschaftlich finanziert. Innerhalb der Marktordnungsausgaben dominieren wie in früheren Jahren die Ausgaben für Milch und Getreide, jene beiden Produktgruppen, bei denen zum Teil gravierende Marktrestriktionen eingeführt worden sind.

Die Absicht der Kommission, den Agrarteil des Etats von 1986 an nur noch mit einer jährlichen Rate von 2,4 vH steigen zu lassen, ist zu begrüßen; allerdings sind die Folgen der Erweiterung der Gemeinschaft noch nicht berücksichtigt. Auch der Rat hat sich zu mehr Ausgaben- und Disziplin in Form künftiger Vorabfestlegungen des jeweiligen Finanzrahmens verpflichtet. Aus bisheriger Erfahrung ist jedoch Skepsis angebracht, daß diese Haushaltsdisziplin, die in eine mittelfristige Finanzplanung einmünden könnte, auf Dauer eingehalten wird. Es ist daher zu befürchten, daß die zusätzlichen Einnahmen, die von 1986 an zur Verfügung stehen werden (Anhebung des Gemeinschaftsanteils an der Mehrwertsteuerbemessungsgrundlage von 1 vH auf maximal 1,4 vH), erneut weitgehend für die Landwirtschaft beansprucht werden.

Hohe indirekte Kosten

Darüber hinaus verursacht die überhöhte Agrarproduktion erhebliche externe Kosten, die sich freilich — anders

als die Budgetbelastung — nicht quantifizieren lassen, aber dennoch immer stärker die Problematik einer Fortführung der bisherigen Agrarpolitik bestimmen. Dazu zählen, um nur die wichtigsten zu nennen,

- die schädigenden Auswirkungen auf die Umwelt und
- die störenden Einflüsse auf die Weltmärkte.

Die Pflanzen- und Tierproduktion trägt heute erheblich zur ökologischen Belastung bei. Ehe die Landwirtschaft in die Phase intensivster Pflanzen- und Tierproduktion eintrat, blieb sie — nicht immer bewußt, aber getragen von den Erfahrungen von Generationen — innerhalb der natürlichen Rahmenbedingungen. Zur Pflege und Erhaltung der Lebensgrundlagen gehörte z.B. die Duldung von „Nahrungskonkurrenz“ auf der Fläche. Die modernen Produktionsweisen, die tendenziell auf Monokulturwirtschaft ausgerichtet sind, nutzen dagegen heute alle Möglichkeiten, mit Hilfe der Chemie die Konkurrenten „Unkraut“ und tierische „Schädlinge“ zu vernichten; so gründlich zu verdrängen, daß zahlreiche Insektenarten und — über die Nahrungskette — höhere Tierarten aussterben oder vom Aussterben bedroht sind².

Im Kampf um Marktanteile verhält sich die Gemeinschaft kaum weniger aggressiv als ihr Hauptkonkurrent, die USA. Waren in den siebziger Jahren die Interessensphären der beiden Exporteure noch relativ klar abgegrenzt, so versuchen sie seit etwa 1980, sich wechselseitig von „angestammten“ Märkten zu verdrängen. Beide Regionen haben in der Vergangenheit zweifellos große Fehler begangen, die die jetzigen handelspolitischen Auseinandersetzungen auf den Agrarmärkten einleiteten: Die zeitweiligen Exportbehinderungen der USA gegenüber der UdSSR und Polen haben die Getreideexporte verstärkt in Regionen des westeuropäischen Absatzes gelenkt. Die Gemeinschaft ihrerseits hat sich in traditionellen Absatzregionen der USA (Mittelamerika) mit stark subventionierten Exporten engagiert.

Insgesamt hat die Gemeinschaft zu lange gezögert, die Exportsubventionen zu senken und das Agrarpreisniveau stärker dem Weltmarktpreisniveau anzupassen. Die Konfrontation mit den USA wurde damit unvermeidbar.

¹ Vgl. Agra Europe Nr. 27/85 vom 8.7.1985.

² Doch nicht nur die Umweltbelastungen aufgrund intensiver Agrarproduktion (Gülleproblem in den Regionen intensiver Viehzucht, Nitratauswaschungen in das Grundwasser in Grünlandgebieten, Artenverarmung durch Monokulturen und Chemieeinsatz) haben stark zugenommen. Die Landwirtschaft selbst ist in zunehmendem Maße Opfer der Schadstoffemissionen aus Industrie und Verkehr geworden. Das Waldsterben, das auch die Landwirtschaft stark betrifft, ist hier an erster Stelle zu nennen.

Divergierende Einkommensentwicklungen in der EG-Landwirtschaft

Dennoch hat die EG-Agrarpolitik ihr Hauptziel — die Absicherung der landwirtschaftlichen Einkommen — für viele kleine und mittlere Betriebe sowie zahlreiche Regionen nicht erreicht. Leider stehen nach wie vor nur unzureichende Indikatoren für einen intertemporalen und interregionalen Vergleich der landwirtschaftlichen Einkommen zur Verfügung³. Die gebräuchlichste Kennziffer ist die reale Nettowertschöpfung je Arbeitskraft. Ein Mangel dieses Indikators besteht darin, daß nur das landwirtschaftliche Einkommen berücksichtigt wird, obwohl zum Teil erhebliche Bestandteile des Familieneinkommens über außerbetriebliche Erwerbstätigkeit erzielt werden. Dieser Anteil ist in der Bundesrepublik besonders hoch. Fast die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebsinhaber bezieht außerlandwirtschaftliche Einkommen.

Für die Gemeinschaft insgesamt ist die reale Nettowertschöpfung je Arbeitskraft im Zeitraum 1973 bis 1984 nach Berechnungen des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften verhältnismäßig stabil geblieben. Verfolgt man die Entwicklung jedoch in den einzelnen Mitgliedstaaten, so stellt man ein starkes Auseinanderdriften fest. Unverkennbar ist das Nord-Süd-Gefälle der landwirtschaftlichen Einkommensentwicklung. Dänemark liegt mit großem Abstand an der Spitze, gefolgt von Irland und den Benelux-Ländern. Italien und die Bundesrepublik weisen die ungünstigste Entwicklung⁴, vor allem im Durchschnitt der letzten fünf Jahre, auf.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die neueren Marktrestriktionen regional wie betriebsgruppenspezifisch auf die Einkommensverteilung auswirken werden. Die einzelbetriebliche Quotierung der Milcherzeugung, die seit 1. April 1984, dem Beginn des Milchwirtschaftsjahres 1984/85, in der Gemeinschaft zur Begrenzung der Milchproduktion angewandt wird, scheint nach ersten statistischen Informationen gegriffen zu haben. Ziel war, die Milcherzeugung von ihrem hohen Niveau herunterzusteuern und der Nachfrage anzunähern. Die Milchlieferungen an die Molkereien haben in der Tat abgenommen, wenn auch die anzustrebende „Globalmenge“ von rd. 100 Mill. Tonnen immer noch um reichlich 20 vH über dem Inlandsverbrauch liegt⁵. Im Milchwirtschaftsjahr 1984/85 ist die Milchlieferung — bei national sehr unterschiedlichen Veränderungsraten — gegenüber dem Vorjahr um 5,1 Mill. auf 99,4 Mill. Tonnen zurückgegangen. Zu diesem Rückgang um 5 vH haben insbesondere die Bundesrepublik (–7,6 vH), Großbritannien (–7,3 vH), Dänemark (–6,5 vH) und die Niederlande (–6,1 vH) beigetragen; Frankreichs Bauern, die innerhalb der EG mehr als ein Viertel der Milch an die Molkereien abliefern, haben ihre Lieferungen dagegen nur um 2,7 vH reduziert.

Um die Zielgröße für 1985/86 zu erreichen, muß die Milchablieferung insgesamt noch einmal um 1,2 vH vermindert werden. Unter Berücksichtigung eines gewissen Quotenausgleichs für Irland, Nordirland, Luxemburg und Italien wird eine Gesamtmenge von 98,6 Mill. Tonnen angestrebt. Auch die Erzeugung von Butter und Magermilchpulver ist deutlich zurückgegangen. Bei Magermilchpulver wirkt sich das — zusammen mit den forcierten Drittlandsexporten in den vergangenen Monaten — in vergleichsweise niedrigen Lagerbeständen aus (Ende Juni: 0,38 Mill. Tonnen gegenüber 1 Mill. Tonnen vor einem Jahr). Die geringe Binnen- und Außennachfrage nach Butter hat dagegen bewirkt, daß trotz Produktionsrückgangs die Lagerbestände wieder auf über eine Million Tonnen angestiegen sind. Die Milchmarktpolitik ist demzufolge — trotz der restriktiven Quotenregelung auf der betrieblichen Ebene — nicht in der Lage, Marktgleichgewicht bei den kostspieligsten Überschußprodukten Butter und Magermilchpulver herbeizuführen. Die Globalmenge in der Gemeinschaft müßte also noch weiter reduziert werden, um die Risiken und Kosten der Exportabhängigkeit abzubauen.

Die zweite Produktgruppe, die erheblichen agrarpolitischen Handlungsbedarf zur Verringerung der Überschüsse aufweist, ist Getreide. Die Kommission verfolgt seit einigen Jahren eine vorsichtige Preispolitik, gekoppelt mit einer Garantieschwellenregelung. Im Konsens aller Mitgliedstaaten ist 1984 vereinbart worden, daß die Interventionspreise zu senken sind, wenn im Vorjahr die festgelegte Garantiemenge der Getreideerzeugung überschritten wurde.

Eben dieser Vereinbarung widersetzte sich die Bundesregierung, als sie mit ihrem Veto die von der Kommission vorgeschlagene und von allen Mitgliedstaaten akzeptierte Senkung der Interventionspreise um 1,8 vH zunächst verhinderte⁶.

Die Getreideproduktion hat im Wirtschaftsjahr 1984/85 die Garantieschwelle vermutlich wiederum überschritten.

³ Auf diese Problematik ist bereits früher im Wochenbericht näher eingegangen worden. Die dort vorgebrachten Vorbehalte gegen bestimmte Einkommensindikatoren gelten nach wie vor. Vgl.: Vor einer agrarpolitischen Neuorientierung in der Europäischen Gemeinschaft? Bearb.: Peter Hrubesch. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 11/1984.

⁴ Eurostat: Entwicklung der landwirtschaftlichen Einkommensindikatoren 1973–1984. Luxemburg, 20.2.1985.

⁵ Vgl. Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle für Erzeugnisse der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft GmbH: Europamarkt — Milch, Butter, Käse. 21. Jg. Nr. 5/6 vom 1.7.85, S. 6.

⁶ Die Kommission hatte daraufhin bekanntlich per Verwaltungsakt einen preisbeschlußlosen Zustand und die damit verbundene Unsicherheit im Getreidehandel durch eine 1,8 prozentige Preissenkung verhindert. Da der Ministerrat sich auch Mitte Juli nicht über gemeinsame Getreidepreise hat einigen können, wird die Kommissionsregelung für das Getreidewirtschaftsjahr 1985/86 beibehalten. Den deutschen Landwirten ist ein Teilausgleich für die 1,8 prozentige Preissenkung in Aussicht gestellt worden.

Auch für das gerade begonnene Wirtschaftsjahr ist — normale Witterungsverhältnisse vorausgesetzt — mit einer überdurchschnittlichen Getreideernte zu rechnen. Deutliche Preissignale sind in dieser Situation unverzichtbar. Was zu befürchten war, beginnt sich abzuzeichnen: Die Futterflächen der quotenregulierten Milchproduktion werden teilweise für andere Bereiche — wie Getreide- und Rapsanbau — genutzt und verstärken hier den Druck auf die Märkte.

Die Landwirtschaft — zumindest in der Bundesrepublik — scheint sich mit der Einführung von Produktionsquoten für Milch abgefunden zu haben. Der Ruf nach weiteren dirigistischen Eingriffen, mit denen der Zwang zur Anpassung an die Markterfordernisse umgangen werden soll, ist deutlich zu hören: Um die Getreideüberschüsse ohne Preisabschlag loszuwerden, wird von Bauernverband und Landwirtschaftsministerium Beimischungszwang zu den Futtermischungen vorgeschlagen. Offiziellen Angaben zufolge könnten die angestrebten „Mindestanteile“ im Kraftfutter bei 30 vH liegen. Bei dieser Quote wäre allein in der Bundesrepublik ein erzwungener Mehrverbrauch der Landwirtschaft von schätzungsweise 3 Mill. Tonnen Getreide zu erzielen. Allerdings wirft der Beimischungszwang vielfältige Probleme auf.

Nationale Egoismen weiterhin ungebrochen

Die Einstufung einer 1,8 prozentigen Getreidepreissenkung zur lebenswichtigen Frage für die Bundesrepublik Deutschland, wie sie das Veto des deutschen Landwirtschaftsministers darstellt, hat eine lebhaft diskutierte Diskussion darüber ausgelöst, wohin die integrationspolitischen Absichten der Bundesregierung bei allen pro-europäischen Lippenbekenntnissen tendieren können. Gerade durch diesen Schritt — er fiel zeitlich zusammen mit der Unterzeichnung der Beitrittsverträge der EG mit Spanien und Portugal — wurde deutlich, daß auch in der Bundesrepublik nationale Egoismen zum Ausbruch kommen. Es sei an dieser Stelle daran erinnert, daß auch in den frühen sechziger Jahren die Bundesrepublik es war, die bei der Festsetzung des Getreidepreisniveaus die deutschen Interessen durchgesetzt und damit bewirkt hatte, daß das gesamte Agrarpreisniveau einschließlich des Außenschutzes zu hoch fixiert wurde.

Außerdem ist es inzwischen zum Prinzip geworden, daß die gemeinsame Agrarpolitik immer dann unterlaufen wird, wenn die Beschlüsse den eigenen Vorstellungen zuwiderlaufen. Mit anderen Worten: Was in Brüssel nicht zu holen ist, wird im Agrarbereich durch nationale Maßnahmen und Subventionen ausgeglichen. Jüngstes Beispiel in der EG-Agrarpolitik sind die Steuervergünstigungen für die deutsche Landwirtschaft, die bis zum Jahr 1991 in Höhe von rd. 22 Mrd. DM für den Abbau des Währungsausgleichs gewährt werden.

Nachwachsende Rohstoffe — ein Ausweg?

Das Dilemma zwischen maximaler Agrarproduktion und den Grenzen der ökologischen Belastbarkeit dringt zunehmend ins Bewußtsein der Öffentlichkeit. Die Landwirtschaft glaubt, mit der Idee, die Agrarflächen verstärkt zur Produktion industrieller Rohstoffe aus dem Nahrungs- und Nicht-Nahrungsbereich (Biorohstoffe) einzusetzen, den „deus ex machina“ gefunden zu haben. Sie verspricht sich von einer Änderung der Produktionsstruktur in Richtung agrarische Energieträger in erster Linie die Lösung des Überschußproblems bei gleichzeitiger Einkommensgarantie. Im Hintergrund dieser Überlegungen steht die Hoffnung, daß sich an der Agrarpreis- und Marktpolitik nichts ändert, so daß — unter Beibehaltung der Preisgarantien und annähernd gleich hoher Subventionierung der Gesamterzeugung — ein schmerzloser Substitutionsprozeß von der Nahrungsproduktion zur Produktion von chemischen Rohstoffen vollzogen werden kann. In der bisherigen Diskussion stehen sich Befürworter und Gegner einer raschen Einführung der Biorohstoffe gegenüber. Während von landwirtschaftsnaher Seite die Perspektiven eher optimistisch dargestellt werden, weisen die Skeptiker auf zahlreiche ungelöste Fragen eines unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten rentablen Einsatzes hin.

Zentrales Problem sind die Agrarmarktordnungen, zu denen Biorohstoffe ja erfolgreich in Wettbewerb treten müssen, wenn ihre Produktion in dem großflächigen Anbau geschehen soll, den eine industrielle Verarbeitung erfordert. Schon heute verhindert beispielsweise die Zuckermarktordnung, daß der Überschußzucker („C-Zucker“), der bekanntlich zu Weltmarktbedingungen exportiert werden muß, in der chemischen Industrie zu den niedrigen Weltmarktpreisen Verwendung finden kann.

Ein weiteres Problem sind die Energiepreise; so gehen fast alle Vorstudien zur Einführung des Bioethanols als Substitut für Benzin von kräftig steigenden Erdölpreisen aus. Je höher der Preis für Erdöl angesetzt wird, desto leichter gerät die Biospritproduktion in die Zone der Rentabilität. Diese Wettbewerbskonstellation ist auf absehbare Zeit unrealistisch: Zum gegenwärtigen Zeitpunkt, in dem die OPEC völlig uneins über die künftige Produktions- und Preisgestaltung ist und die Preistendenzen — abgesehen von Dollarschwankungen — seit 1981 nach unten weist⁷, haben die Biorohstoffe, soweit sie der Alkoholerzeugung dienen sollen, wenig Wettbewerbschancen. Es muß auch berücksichtigt werden, daß unter mitteleuropäischen Klimabedingungen die Photosynthese eine erheblich niedrigere Produktivität aufweist als etwa in tropischen und subtropischen Zonen. Vergleiche mit Brasilien und den USA können daher nicht ohne weiteres angestellt werden.

⁷ Vgl.: Perspektiven der Ölpreisentwicklung. Bearb.: Manfred Horn. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 28/1985.

Es kommt hinzu, daß sich im Energiebereich einmal langfristige Einsparungstendenzen durchgesetzt haben, zum anderen Forschung und Entwicklung sich verstärkt Formen dezentraler Energieerzeugung zuwenden müssen. Für diese Teilbereiche bestehen erhebliche Potentiale, die gleichzeitig mit der intensiven Forschung im Biomassebereich erschlossen werden können. Der Biomasse erwächst also auch hier Konkurrenz.

Über die Fragen der Wettbewerbsfähigkeit für Bioenergie hinaus, die aus heutiger Sicht sehr skeptisch zu beurteilen ist, tauchen im engeren landwirtschaftlichen Bereich ungeklärte Probleme auf. Als Beispiel sei nur erwähnt, daß sich die bekannte Problematik im Anbau von Monokulturen noch verstärkt, wenn Pflanzen, Boden und Grundwasser für den rentablen industriellen Einsatz Höchsterträge abgerungen werden müssen. Nur durch eine Einbettung der „neuen“ Agrarprodukte in die ökologischen Zusammenhänge ließe sich vermeiden, daß bereits begangene Fehler wiederholt oder sogar noch verstärkt werden.

Unterbleibt diese Einbettung in die natürlichen Kreislaufvorgänge, die gerade für die Biomasse-Produktion erforderlich ist, so werden auch hier Nutzungseinschränkungen unvermeidlich sein. Die Vertretung der westdeutschen Landwirtschaft hat ihre Position bereits dargelegt: Aus der Erkenntnis heraus, daß „mit dem Naturgut Boden ... in Zukunft sorgsamer umgegangen werden“ müsse⁸, wird u.a. gefordert, daß dieser sorgsame Umgang — z.B. in der Form von Nutzungseinschränkungen — den Landwirten finanziell zu entgelten sei. Ohne wesentliche Verbesserung der Chancen für den Biomasseanbau eröffnete sich hier ein neues Subventions- und Regulierungspotential.

Strukturwandel unverzichtbar

Bei der künftigen Gestaltung der Agrarpolitik hat sich die EG-Kommission im wesentlichen von zwei Strategien leiten lassen: einer stärker dirigistischen Marschroute in Form von Produktionsquoten und einer Politik der marktwirtschaftlichen Signale in Form von vorsichtigen Preisanhebungen, z.T. Preissenkungen.

Die jüngsten Erfahrungen mit der Festlegung der Erzeugerpreise für das Überschußprodukt Getreide zeigen, daß nicht alle Mitgliedstaaten der marktwirtschaftlichen

Linie zu folgen bereit sind, auch wenn sie im übrigen das marktwirtschaftliche Konzept verfolgen. Es wäre unter Effizienzgesichtspunkten dennoch verfehlt, wenn sich die Kommission stärker in die Richtung des dirigistischen Instrumentariums drängen ließe. Statt dessen müssen die Marktsignale verstärkt werden. Es führt daher auf längere Sicht kein Weg am fortschreitenden Strukturwandel in der Landwirtschaft vorbei. Zwar wird schon die demographische Entwicklung in vielen Gemeinschaftsländern — ohne daß eine Verdrängungspolitik betrieben werden muß — zur deutlichen Reduzierung des Arbeitskräftebestands und der Zahl landwirtschaftlicher Unternehmer beitragen. Dieser Prozeß muß aber noch beschleunigt werden. Nicht in allen Mitgliedstaaten ist die Alterssicherung der Landwirte so günstig geregelt wie in der Bundesrepublik. Es sollte daher die Abwanderung EG-weit finanziell unterstützt werden. Durch stärkere Einbeziehung des Europäischen Sozialfonds in diese Komponente einer aktiven Agrarpolitik, etwa durch Mitfinanzierung von Betriebsaufgaberenten, vorgezogene Pensionierung, personengebundene Einkommensübertragungen bei der Freisetzung von Flächen für ökologische Rehabilitation könnte der Anpassungsdruck sozial erträglich gemacht werden.

Allerdings ist auch zu fordern, daß die direkte Förderung von Investitionen in Produktionsbereiche, die Überschüsse erzeugen (z.B. Bau von Rinder- und Schweineställen), generell unterbleibt und daß verbilligte Agrarkredite nicht ebenfalls zu weiteren Fehlinvestitionen führen.

Wie mühsam es ist, die Agrarpolitik in eine mehr an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientierte Richtung zu lenken und dabei auch die schwierige Lage der von der Agrarstruktur benachteiligten Landwirte einzubeziehen, zeigen die Auseinandersetzungen schon im Vorfeld der Präsentation des „Grünbuches“ Mitte Juli, mit dem die EG-Kommission der Agrarpolitik neue Impulse verleihen möchte. Es wäre zu begrüßen, wenn sich die Vorschläge zu einer marktgerechteren Preispolitik und zu einer Stärkung sozial- und strukturpolitischer Instrumente durchsetzen könnten. Insbesondere sollte die verstärkte Freisetzung von Ressourcen aus der Agrarproduktion nicht länger tabu sein.

⁸ Strategiepapier des Deutschen Bauernverbandes. Agra Europe Nr. 27/85, Sonderbeilage S. 5.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr.122 **Konzeption einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland.** Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Strukturentwicklungen. Von Bernd Görzig und Wolfgang Kirner, unter Mitarbeit von Reiner Stäglin. 68 S. 1978. DM 28,60.
- Nr.123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitzscherling. 136 S. 1978. DM 26,—.
- Nr.124 **Forschung und Entwicklung in der Berliner Industrie.** Ergebnisse einer Befragung. Von Burkhard Dreher. 112 S. 1978. DM 36,—.
- Nr.125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,—.
- Nr.126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,80.
- Nr.127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.
- Nr.128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.
- Nr.129 **Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR). Eine Neuberechnung.** Von Charlotte Otto-Arnold. 76 S. 1979. DM 24,60.
- Nr.130 **Industrielle Strukturprobleme und sektorale Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. 160 S. 1979. DM 59,60.
- Nr.131 **Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.** Grundlagen eines simultanen interregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Herwig Birg. 290 S. 1979. DM 118,—.
- Nr.132 **Zum Problem der Substitutionsmöglichkeit von Mineralölprodukten durch andere Energieträger — dargestellt am Beispiel eines Bundeslandes.** Von Urs Dolinski und Klaus-Dieter Labahn. 106 S. 1980. DM 44,60.
- Nr.133 **Möglichkeiten der künftigen Strombedarfsdeckung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Eckhard Casser, Jörg-Peter Weiß und Hans-Joachim Ziesing. 131 S. 1980. DM 55,30.
- Nr.134 **Lohnentwicklung und Lohnpolitik als Bestimmungsgründe konjunktureller Verläufe und struktureller Verschiebungen.** Von Hans-Peter Basler. 102 S. 1981. DM 44,80.
- Nr.135 **Elemente regionaler Wohnungsmarktmodelle und offene Fragen der Wohnungsmarktanalyse.** Von Bernd Bartholmai. 43 S. 1982. DM 22,60.
- Nr.136 **Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels — Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.** Von Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski. 83 S. 1982. DM 44,—.
- Nr.137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. DM 22,60.
- Nr.138 **Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelsen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartau. 203 S. 1983. DM 84,—.
- Nr.139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. DM 198,—.
- Nr.140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. DM 44,60.
- Nr.141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. DM 22,60.
- Nr.142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. DM 19,80.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D – 1000 Berlin 33

Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Reinhard Pohl, Peter Ring (kommissarisch), Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, Dr. Jochen Bethkenhagen

Die Lage der DDR-Wirtschaft zur Jahresmitte 1985. Bearbeitet von Doris Cornelsen. —

EG-Agrarpolitik: Mühsamer Weg aus der Krise. Bearbeitet von Peter Hrubesch.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D – 1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D – 1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.